

Bald CO2-Strafen für Schiffe: Ist die Schifffahrt bereit für den Wandel?

Die IMO einigt sich auf CO2-Strafen für Schiffe ab 2028 zur Reduzierung von Emissionen. Historische Schritte zur Klimaneutralität.

Pazifische Inselstaaten, Ozeanien - Die internationale Schifffahrt steht vor einem bedeutenden Wandel in ihrem Umgang mit Treibhausgasemissionen. Die Mitgliedsländer der International Maritime Organization (IMO) haben sich auf eine schrittweise Reduzierung von CO2-Emissionen im Seeverkehr geeinigt. Diese Maßnahme, die als historischer Schritt im Kampf gegen den Klimawandel betrachtet wird, sieht ab 2028 Strafen für Schiffe vor, die einen festgelegten CO2-Grenzwert überschreiten. Die Strafe beginnt bei 100 US-Dollar (90 Euro) pro Tonne CO2 und kann bei weiteren Überschreitungen ansteigen, berichtet **oe24.at**.

Die Europäische Kommission bezeichnete das Abkommen als bedeutenden Fortschritt zur Klimaneutralität der globalen Schifffahrt bis 2050. Erwartete Einnahmen aus der CO2-Bepreisung liegen zwischen 11 und 13 Milliarden US-Dollar jährlich, die zur Entwicklung und zum Einsatz emissionsfreier oder nahezu emissionsfreier Kraftstoffe eingesetzt werden sollen. Dieser neue Kurs hat das Potenzial, die gesamte Branche grundlegend zu verändern.

Ein umfassender Ansatz zur Emissionsreduktion

Die IMO verfolgt mit ihrer 2023 verabschiedeten Strategie das

Ziel, die Treibhausgasemissionen der internationalen Schifffahrt bis zur Mitte des Jahrhunderts vollständig abzubauen. Diese Strategie sieht die Einführung alternativer Kraftstoffe und Energiequellen vor und stellt die Verbesserung der Energieeffizienz durch operationale Maßnahmen in den Mittelpunkt. Des Weiteren sollen auch bestehende Maßnahmen wie der Carbon Intensity Indicator (CII) in den Ansatz integriert werden, um die Effizienz der Schifffahrtswertschöpfungskette zu optimieren, so [imo.org](https://www.imo.org).

Einige Inselstaaten im Pazifik und in der Karibik haben jedoch Bedenken geäußert und sich bei einem Vorschlag zur CO₂-Neutralität bis 2050 enthalten. Diese Staaten fordern eine ehrgeizigere CO₂-Abgabe auf den Seetransport. Der Grund für die Zurückhaltung liegt darin, dass der vorgelegte Vorschlag als unzureichend erachtet wird.

Die Rolle der globalen Gemeinschaft

Die IMO, eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen, ist verantwortlich für fast drei Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen, die durch die Schifffahrt verursacht werden. Mark Lutes vom WWF beschreibt die aktuelle Einigung als „bahnbrechenden Moment“ für die Branche. Er betont jedoch, dass einige Aspekte der Vereinbarung hinter den erforderlichen Maßnahmen zurückbleiben. Der nächste Zeitrahmen für die Umsetzung der neuen Regelungen sieht erste Zwischenschritte bis 2028 vor, darunter umfassende Folgenabschätzungen und die Genehmigung von Maßnahmen, die zur Erreichung der Klimaziele beitragen sollen, wie auf [spiegel.de](https://www.spiegel.de) vermeldet wird.

Die Entwicklung eines internationalen Rahmens zur Bewertung der Treibhausgasintensität und der Nachhaltigkeit alternativer Kraftstoffe wird als unerlässlich erachtet. Es bleibt abzuwarten, wie die Schifffahrtsindustrie auf diese neuen Regelungen reagieren wird und welche Maßnahmen ergriffen werden, um die ehrgeizigen Klimaziele zu erreichen.

Details	
Vorfall	Klimawandel
Ort	Pazifische Inselstaaten, Ozeanien
Quellen	• www.oe24.at • www.imo.org • www.spiegel.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at